

Egoistische Solidarität: eine neue Vision linker Mobilisierung

Isabel Frey

Solidarität ist ein omnipräsentes Schlagwort in linken Diskursen – doch verliert es auch immer mehr an Bedeutung. Was einst ein so mächtiger Begriff der Arbeiter*innenbewegung war, ist heute zu einem moralischen Imperativ geworden, von dem man nicht viel weiß, außer dass er gut ist. Solidarität wird heutzutage meist normativ verwendet: man „soll“ als gute*r Linke*r mit diversen Bevölkerungsgruppen solidarisch sein, seien es Flüchtlinge, Alleinerzieherinnen oder die Kurden – auch wenn es selten konkrete Vorstellungen davon gibt, wie Solidarität tatsächlich in der Praxis umgesetzt werden könnte. Solidarität ist längst ein leerer Begriff geworden, der linke Politik zu einer Frage individueller moralischer Haltung reduziert und damit auch erheblich an Kraft verliert. Dabei wäre ein gutes Verständnis von Solidarität notwendig, um Menschen in zunehmend individualisierten und fragmentierten Gesellschaft für gemeinsame Interessen zu mobilisieren.

In diesem Policy-Paper möchte ich eine neue Definition von Solidarität als Basis linker Mobilisierung entwickeln, die ich als „egoistische Solidarität“ bezeichne. Egoistische Solidarität ist ein Prozess, bei dem ein Mensch versteht, dass es im Eigeninteresse ist, sich für die Interessen anderer einzusetzen. Egoistisch ist sie deshalb, weil sie nicht auf Altruismus und moralischer Überlegenheit basiert, sondern bewusst die Verbindung zum Eigeninteresse und der eigenen Lebenssituation herstellt. Solidarität entsteht dann, wenn man versteht, wie das eigene Schicksal und das Schicksal anderer miteinander verwoben sind. Dazu braucht es keinen ethischen Imperativ, sondern ein handfestes politisches Narrativ, das verschiedene Interessen miteinander in Verbindung bringt. Solidarität wird dadurch zu einem Verbindungsglied zwischen dem Eigen- und dem Gemeinwohl, in dem die Interessen des Einzelnen nicht mehr in Opposition zu den Interessen einer Gesellschaft stehen.

Im ersten theoretischen Teil meines Papers beziehe ich mich auf philosophische und soziologische Definitionen von Solidarität, u.a. von Emile Durkheim, Albert Camus, Axel Honneth, Chantal Mouffe und Nancy Fraser, sowie auf die Liberalismus-Kommunitarismus-Debatte und die Diskussion um die sogenannte „Identitätspolitik“. Im zweiten Teil erläutere ich meine Definition von egoistischer Solidarität anhand von drei Fallbeispielen in der österreichischen Politik: der COVID-19 Pandemie, der Umverteilungs-, und der Flüchtlingsdebatte. In jedem dieser Fälle analysiere ich, was Solidarität schafft und wie sie gefördert werden kann. Dazu verwende ich auch Beispiele von politischen Gruppen und deren Strategien, um Solidarität zu erzeugen.

Ziel meines Papers ist ein Plädoyer für egoistische Solidarität als Basis für linke Mobilisierung, und eine Vision, wie diese in der politischen Praxis aussehen könnte. Denn linke Politik muss mehr tun, als nur zu Solidarität aufrufen oder sich solidarisch zu deklarieren. Stattdessen muss sie situationsspezifische Analysen formen und neue Diskurse schaffen, die verschiedene Interessen miteinander in Verbindung bringen. Solidarität ist kein „one-size-fits-all“-Prinzip, das auf alle Situationen von Unterdrückung und Ausbeutung gleichfalls angewendet werden kann. Egoistische Solidarität führt zu einer politischen Praxis, die einerseits darauf basiert, partikuläre und oft widersprüchliche Interessen zu artikulieren, und diese andererseits in gemeinsamen politischen Forderungen und gesellschaftlichen Visionen zu verbinden.